



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 10. Mai 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0068

Ergebnisoffene Prüfung einer Strukturreform der Volkshochschule Wiesbaden -Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 03.05.2023-

Die Volkshochschule ist eine Einrichtung des öffentlichen Bildungswesens. Ihre Tätigkeit ist eine Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie gewährleistet ein Bildungsangebot nach den Grundsätzen und Regelungen des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung im Land Hessen. Über 600 Lehrkräfte sind in den unterschiedlichsten Feldern der Weiterbildung aktiv. Derzeit beträgt das jährliche Finanzvolumen knapp 8 Millionen EURO, der Großteil davon wird selbst erwirtschaftet, der restliche Teil wird von Stadt und Land finanziert. Der Landesanteil ist seit Jahren stark rückläufig und macht nicht einmal mehr 4 Prozent aus.

Die Kontrolle und Steuerung der Volkshochschule erfolgt in Wiesbaden in Form einer Vereinsstruktur. Es handelt sich dabei um einen sog. beherrschten Verein, d.h. die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt den Vereinsvorsitz, eine Satzungsänderung bedarf ihrer Zustimmung und Beschlüsse des Vorstandes sowie der Mitgliederversammlung können gekippt werden. In vielen Städten ist die Pflichtaufgabe der Volkshochschulen in Form von Eigenbetrieben organisiert.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, eine Überführung des Vereins Volkshochschule Wiesbaden e.V. in einen städtischen Eigenbetrieb oder in eine gemeinnützige GmbH ergebnisoffen zu prüfen.
2. Dabei sind (keine abschließende Aufzählung) die folgenden Aspekte zu betrachten:
 - a. Arbeits- und tarifrechtliche Auswirkungen für die Beschäftigten und Honorarkräfte
 - b. Steuer- und vergaberechtliche Auswirkungen (z.B. Gemeinnützigkeit, Inhouse-Vergabe) für die Einrichtung selbst, gegenüber Dritten und der Stadt
 - c. Anforderungen an Transparenz, unterjähriges Berichtswesen und den Jahresabschluss
 - d. Steuerungsmöglichkeiten für Magistrat und Stadtverordnetenversammlung
 - e. Insolvenzregelungen und jährlicher Verlustausgleich
 - f. Einbindung der Vorort-Bildungswerke
 - g. Umgang mit den derzeitigen Vereinsmitgliedern
 - h. Zeitliche Perspektive und Vorgehensweise im Falle einer Veränderung der Trägerstruktur

Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG zu TOP I/3 (Ergebnisoffene Prüfung einer Strukturreform der Volkshochschule Wiesbaden) des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 10. Mai 2023

Der Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 03.05.2023 zu TOP I/3 wird wie folgt ergänzt:

3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) wie sich die Finanz- und Betriebsentwicklung der VHS im Jahr 2022 sowie im ersten Quartal 2023 darstellt,
 - b) wie sich die mögliche Überführung des aktuell beherrschten Vereins in einen Eigenbetrieb oder eine gGmbH finanziell sowohl auf die Einnahmen der Volkshochschule als auch auf den Finanzierungsbedarf aus dem städtischen Haushalt auswirkt.
-

Beschluss Nr. 0111

Der Antrag wird in der Fassung des Ergänzungsantrags angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2023

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2023

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister